

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

03-04/2023

März/April 2023

Zum 1. Mai 2023

Die Kämpfe und Streiks in Frankreich

Nicht nur, aber gerade am 1. Mai ist es wichtig, den Blick auf die Kämpfe zu richten, die das Proletariat und die anderen Werktätigen weltweit führen. Während die hier in Deutschland Herrschenden ein großes Interesse daran haben, diese Kämpfe zu vertuschen, ist es für alle, die wirklich proletarisch-internationalistisch für die Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen wollen, wichtig, aus diesen Kämpfen zu lernen und diese nach Kräften zu unterstützen. Wir kennen nicht alle Streikkämpfe und anderen Kampfbewegungen in den verschiedenen Ländern, insbesondere nicht – ein erheblicher Mangel – außerhalb Europas. Wir wissen aber, dass gegenwärtig die Kämpfe und Streiks in Frankreich eine herausragende Rolle spielen. Daher gilt es unserer Meinung nach, gerade diese am 1. Mai besonders herauszustellen.

In Frankreich gibt es seit Monaten Streiks, Demonstrationen und Besetzungen mit Hunderttausenden und an den Aktionstagen sogar bis schätzungsweise 3,5 Millionen Beteiligten. Diese massenhaften Proteste richten sich gegen die am 16. März 2023 sogar ohne Parlamentsabstimmung per Dekret des Präsidenten mittels des Verfassungsartikels „49.3“ beschlossene sogenannte „Rentenreform“. Diese bedeutet, dass das früheste Renteneintrittsalter von 62 auf 64 Jahre heraufgesetzt werden soll (das abschlagfreie Renteneintrittsalter liegt in Frankreich für die meisten sowieso bereits bei 67 Jahren). Das richtet sich insbesondere gegen die am schwersten Schuftenden. Dazu gehören z. B. die „Éboueurs“, die Frauen und Männer, welche dafür schufteten, überall den Müll wegzuräumen. Gegen die

„Rentenreform“ Demonstrierende fordern nicht nur den Erhalt des Status quo, sondern eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

In den letzten mehr als 25 Jahren konnten massive Proteste in Frankreich bereits Versuche abwehren, die Rentengesetze zu verschärfen. 1995 konnte die Regierung wegen der heftigen Proteste und dreiwöchigen Streiks etliche ihrer geplanten Verschlechterungen der Rentenbedingungen nicht durchsetzen. 2019 musste Macron seine projektierten Verschärfungen der Rentenbestimmungen wegen der neuerlichen massiven Widerstände zurückziehen. Die aktuellen Proteste sind noch stärker als damals, allerdings auch die Entschlossenheit der Regierung, ihre „Reform“ jetzt durchzuziehen.

Warnstreiks in Deutschland: Erfreulich, aber kein Grund zur Euphorie!

Während in Frankreich Millionen auf die Straße gehen, um gegen die Verschlechterung ihrer sozialen Lage zu protestieren und es zu militanten Kämpfen gegen die Polizei kommt, gab es in Deutschland wenigstens einige Warnstreiks im Bereich des öffentlichen Dienstes. Dort sind immerhin 2,5 Millionen Menschen beschäftigt. Etwa 500.000 Beschäftigte, haben sich an den Warnstreiks beteiligt. Für die Gewerkschaftsführung von Verdi lief bis jetzt alles nach Plan: erstmal sollen die Leute Dampf ablassen und dann wird das Ventil zugezogen. Kein Gedanke, die Streikbereitschaft für weitere Kämpfe zu nutzen. Es soll nun nach langen Verhandlungen und Schlichtungen und dem ganzen „Pi-Pa-Po-Blah-Blah“ ein minimalistischer Abschluss als Erfolg gefeiert werden. So läuft das immer noch in Deutschland.

Aber immerhin wurde klar, dass es doch eine Bereitschaft gibt, sich an Streiks zu beteiligen, allerdings offensichtlich im Moment nur, wenn er von einer offiziellen Gewerkschaft ausgerufen wird und nach deren Regeln beginnt, abläuft und beendet wird. Es ist dennoch erfreulich, denn was noch nicht ist, das kann ja noch werden. Es sieht nicht danach aus, dass sich die soziale Lage der Beschäftigten – nicht nur im Dienstleistungssektor, sondern auch in den Industriebetrieben – in der nächsten Zeit verbessern wird. Im Gegenteil: Die soziale Lage nicht nur der Lohnabhängigen wird durch Inflation immer schlechter, die Lohnerhöhungen gleichen noch nicht einmal den Verlust der Inflation aus. Es bleibt wie bisher die Aufgabe, über die nötigen Kämpfe für eine bessere soziale Lage aufzuklären, die Grundzüge des Kapitalismus verständlich zu machen. Es geht vor allem auch darum klar zu machen, was eigentlich eine Revolution ist, welche Wege und Ziele dahinterstehen. **Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels kann dabei durchaus helfen!**

Aktuell ist in Hinblick auf Kämpfe für eine bessere Lebenslage durchaus auch der Blick auf ein anderes Land zu lenken: **Auf Frankreich!**

An den elf Aktionstagen seit Anfang des Jahres beteiligten und beteiligten sich zunächst jeweils Hunderttausende, Ende Januar waren es bereits 2 Mio., am 23. März sogar ca. 3,5 Mio. Darüber hinaus gibt es in vielen Orten Frankreichs laufend Demonstrationen, oftmals ganz spontan organisiert. So gab es bereits am Aktionstag Ende Januar 2023 ca. 240 Kundgebungen in ganz Frankreich.

Besonders an den Aktionstagen wurde und wird das Land in großen Bereichen lahmgelegt. Es streikten und streiken die Werktätigen der Bahn und anderer Verkehrsbetriebe, der Energieversorgung, der Flughäfen und des Luftverkehrs, der Müllentsorgung...

Beispiele: Am 7. 2. drosselten Werk-tätige des Energieunternehmens EDF die Stromproduktion. Aufgrund des

Streiks beim Aktionstag am 6. April 2023 steckten mehr als 50 Öltanker im Golf von Fossur-Mer fest. Bestreikt wurden und werden auch Hochschulen und Schulen, sowohl von Studierenden und Schüler:innen als auch von Lehrenden.

Hervorstechend sind die Streiks des Proletariats der Erdölindustrie. Diese haben schon bald zur Benzinknappheit in ganz Frankreich geführt. So wurden die fünf größten Raffinerien und Kraftstoffdepots in der Normandie, der Bretagne und im Südwesten Frankreichs am großen Aktionstag Ende Januar 2023 und auch an den anderen Aktionstagen fast vollständig bestreikt. In Brest versperrten die Hafnarbeiter:innen mit Containern die Zufahrten zum Industriehafen. Um die Streiks zu unterdrücken, werden vielfach Zwangsverpflichtungen zur Aufnahme der Arbeit verhängt. Dies ist in Frankreich möglich auf Grund eines Gesetzes, das angeblich die Sicherheit im Land gewährleisten soll. Aufgrund des Drucks der Bewegung musste allerdings etwa das Gericht in Rouen am Aktionstag am 6. April 2023 die Verpflichtungen aufheben.

Am 8. März, dem Internationalen Kampftag der Frauen, setzten sich die Frauen überall an die Spitze der Demonstrationen von Hunderttausenden. In ganz Frankreich gab es mehr als 150 Veranstaltungen zum 8. März. Die „Rentenreform“ richtet sich insbesondere auch gegen die Frauen. Deren Rente liegt laut bürgerlicher Statistik im Durchschnitt um 40 Prozent niedriger unter jener der Männer.

Immer mehr mobilisierten und mobilisieren sich junge Menschen, Schüler:innen und Studierende sowie junge Erwerbslose. Viele können ihre Mieten nicht mehr zahlen und sich kaum noch das Essen leisten. Studierende müssen neben ihrem Studium arbeiten. Ende März waren nach Angaben der Schüler:innengewerkschaft La Voix lycéenne 450 von 2.000 Oberschulen besetzt. Zunehmend gehen streikende Schüler:innen und Studierende auch zu den Streikposten vor den Betrieben, um diese zu unterstützen, so bei den Blockaden der Raffinerien.

Schlaglichter zu Protesten und Streiks in anderen Ländern

Israel: Die größten Massenproteste gemessen an der Anzahl der Bewohner gab es in Israel mit Hunderttausenden von Protestierenden gegen den Abbau demokratischer Rechte und die Beteiligung von offen rassistischen Parteien an der Regierung.

England: In England hat sich seit 2022 eine große Streikbewegung entwickelt. Immer wieder gibt es riesige Streiks mit zum Teil Hunderttausenden Streikenden, insbesondere für Lohnerhöhungen, die zumindest die steigende Inflation ausgleichen, aber auch gegen den weiteren Abbau des Streikrechts. Am 1.2.2023 wurde nämlich der weitere Abbau des Streikrechts im Parlament beschlossen. Gestreikt wird im Gesundheitswesen, bei der Bahn, der Post, an Flughäfen, in Hafenbetrieben und in den Schulen und Universitäten. Der englische Staat setzte Ende 2022 bei Streiks u.a. im Gesundheitswesen auch Polizei und Militär ein, um Streiks zu beenden. Streiks und Kampfaktionen gehen indes weiter.

Portugal: Hier gab es allein im Januar 2023 über 300 Streiks. Lehrkräfte und Jugendliche demonstrierten mit über 150.000 Personen. In der Metallindustrie, im Verkehrs- und Transportwesen wird immer wieder gestreikt - auch gegen die Pläne, das Streikrecht einzuschränken.

USA: In Los Angeles streikten 65.000 Lehrer:innen am 21. 3. 2023 gegen Rassismus und für bessere Arbeitsbedingungen.

Spanien: 1345 Tage streikten Beschäftigte einer Logistikfirma der Pharmaindustrie für Lohnerhöhungen. Der Streik war erfolgreich und die Löhne wurden um bis zu 34 Prozent erhöht.

Griechenland: Hier gab es nach dem Zugunglück am 28. Februar 2023, bei dem 57 Menschen ums Leben kamen, am 8.3., am 13.3. und am 16.3. drei Generalstreiks gegen miserable Arbeitsbedingungen und lebensgefährliche marode Infrastrukturen, zusätzlich zu den Streiks bei der U-Bahn und den zweiwöchigen Streiks im Zugverkehr. In einigen Städten wie Patras, Volos, Heraklion oder Mytilene gab es riesige Demonstrationen, bei denen es heftige Zusammenstöße mit der Polizei und schweren polizeilichen Repressionen kam.

Türkei: Am 26. 2. 2023 streiken 1.200 in der Autoindustrie Beschäftigte für höhere Löhne und besseren Arbeitsschutz.

Bolivien: Streik der Lehrkräfte im März 2023 für Lohnerhöhung und Bezahlung der Überstunden.

Uruguay: Dort gab es bereits im August 2022 einen Generalstreik gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen der breiten werktätigen Massen mit einer Million Teilnehmenden bei einer Bevölkerung von 3,5 Mio. Ähnlich wie in Frankreich wurde in Uruguay beschlossen, das Renteneintrittsalter schrittweise von 60 auf 65 Jahre anzuheben. Dagegen kam es am 23./24. März im ganzen Land zu Proteststreiks und anderen Aktionen.

Südafrika: Vom 6-15. März 2023 gab es Streiks im Gesundheitswesen, die Streikenden wurden von der Polizei mit Gummigeschossen angegriffen. Am 23. März wurde der Streik wiederaufgenommen, nachdem klar war, dass die Forderung nach höheren Löhnen nicht eingehalten wurde.

Sri Lanka: In Sri Lanka streiken immer wieder Hunderttausende gegen die Verschlechterung ihrer sozialen Lage und gegen den Abbau demokratischer Rechte.



Gegen die Proteste werden bis zu 15.000 Polizeikräfte, darunter die CRS-Spezialeinheiten und die zur Aufstandsbekämpfung neu geschaffenen motorisierten Brav-M-Brigaden eingesetzt. So überfielen z. B. beim Aktionstag am 23. März 2023 Polizeieinheiten gezielt auch „friedliche“ Demonstrationen, verletzten Teilnehmende mit ihren Knüppeln, Blendgranaten und Tränengas zum Teil schwer. Hunderte wurden festgenommen.

Mehrfach gab es auch Angriffe von Faschisten auf Demonstrierende und Streikposten, mit Steinwürfen und Tränengas, aber auch einer bekannt gewordenen Bedrohung mit einer Pistole. Die Zeitung Libération zählte bis 31. 3. 2023 15 solcher Attacken.

Zuspitzung der Kämpfe nach Verabschiedung der „Rentenreform“

Die Streikenden und Demonstrierenden haben sich dadurch nicht einschüchtern lassen. Im Gegenteil, gerade nach der Verabschiedung der „Rentenreform“ am 16. März 2023 ist

die Wut und Entschlossenheit, die Bereitschaft auch zu militanten Formen des Protests noch größer geworden.

So wurden etwa beim Aktionstag am 23. März aus dem wegen des Streiks der Arbeiter:innen der Müllabfuhr haufenweise liegengelassenen Müll und anderem Material Barrikaden errichtet. Diese werden häufig angezündet, um ein Durchkommen für die Repressionskräfte zu verhindern. Am 23. März wurden allein in Paris über 900 Feuer entzündet.

Bilder im Fernsehen zeigen, wie Beschäftigte der Müllabfuhr selbst Müll-eimer heranschleppen und diese auf die Barrikaden werfen. Feuerwehrleute, die „eigentlich“ für das Löschen zuständig sind, solidarisieren sich mit den Protestierenden, demonstrierten in ihren Monturen mit und schwenkten teilweise selbst auch Bengalos.

Gegen die Polizei werden immer häufiger Pflastersteine und andere Gegenstände wie Straßenschilder geworfen. Beim Aktionstag am 23. März 2023 wurde in Lorient in der Bretagne der Hof einer Polizeiwache in Brand gesetzt, in Bordeaux setzten Protestierende das Rathausportal von Bordeaux in Flammen.

Breite Unterstützung für die Streiks gibt es auch durch sogenannte „Streikkassen“. Dort wird Geld für

„Verdi übt Französisch“? Schön wäre es!

Die Tageszeitung junge Welt, die sich selbst zumindest hin und wieder für „links“ hält, textet am 24. März 2023 tatsächlich auf der Titelseite in fetten Lettern im Stil der Bild-Zeitung die Behauptung: „Verdi übt Französisch“.

Schön wäre es, aber es stimmt einfach nicht. Die richtige Überschrift wäre sicherlich gewesen: „Die Verdi-Spitze blies die Backen auf und nach ein paar schrägen Tönen piff sie alles zurück.“ Von wegen „Verdi übt Französisch“!

Die Streiks in Deutschland begannen im Januar 2023 vor allem im Verkehrsbereich, aber auch bei den Beschäftigten in Kommunen und Behörden. Am 27. März gab es einen großen Streik im Bahn und Flugverkehr. Nach zwei Tagen wurde dann alles mit Schlichtungen und Verhandlungen von der Gewerkschaftsführung und ihrem Gewerkschaftsapparat abgewürgt.

die Streikenden gesammelt. Ende März waren bereits mehr als 4 Millionen Euro zusammengekommen.

Proteste gegen die geplante Verschärfung des Migrationsgesetzes

Die drastische Verschärfung der Anti-Migrationsgesetzgebung ist aktuell das zweite große „Reformprojekt“ in Frankreich. Ende März gab es in Paris eine Demonstration von mehreren Tausend Menschen dagegen sowie gegen Rassismus. Die Demonstrierenden forderten u. a., dass „Sans Papiers“, d. h. Migrant:innen ohne anerkannte Papiere, offizielle Dokumente erhalten, die ihnen erlauben, sich legal im Land aufzuhalten.

Internationale Solidarität

Beispiele: In Solidarität mit den Protesten am Aktionstag in Frankreich am 23. März blockierten Arbeiter:innen in Belgien ein Öl-Depot von Total.

In Italien hat die Gewerkschaft SI Cobas am 31. März zu einem einstündigen Solidaritätsstreik mit den Protesten in Frankreich aufgerufen. In Hunderten von Betrieben, insbesondere im Logistikbereich, wurde die

Militante Kämpfe gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der werktätigen Massen in Frankreich

Parallel zu den Protesten gegen die „Rentenreform“ gibt es gegenwärtig heftige Kämpfe in der Umgebung des Ortes Sainte-Soline im Westen Frankreichs. Diese richten sich gegen das Absaugen von Grundwasser durch großkapitalistische Agrarunternehmen, was die Wasserversorgung der breiten Bevölkerung bedroht und untergräbt. Am 25. März versammelten sich in Sainte-Soline mehr als 30.000 Menschen. Polizei-Einheiten wurden militant angegriffen, mit Feuerwerksraketen voll brennbarem Material beschossen. Polizeiautos gingen in Flammen auf.

Die Repressionsorgane gingen brutal gegen die Proteste vor. Mehr als 4.000 Granaten wurden in weniger als zwei Stunden abgeschossen, darunter solche des neuesten Typs „GM2L“, die wegen ihres enormen Explosionsgeräusches zu vorübergehender oder völliger Taubheit führen können. Zum Einsatz kamen Hubschrauber, berittene Polizeieinheiten und tragbare Geschütze für Gas- und Hartgummimunition. Nicht nur CRS, sondern auch motorisierte Brav-M-Brigaden mit geländegängigen Motorquads übten ihren Terror aus. Mehr als 200 Demonstrierende wurden verletzt, zwei davon lebensbedrohlich. – Der Kampf geht weiter!

Vorbildliche Kampfaktion von Hafendarbeiter:innen in Italien im Februar 2023:

„Schließt die Häfen für Waffen, öffnet sie für Migrant:innen!“

Am 25.2.2023 kam es zu einem 24-stündigen Streik tausender Hafendarbeiter:innen in Italien. Um die Forderungen des Streiks durchzusetzen wurde eine Demonstration mit 10.000 Hafendarbeiter:innen aus ganz Italien am 25.2.2023 in Genua durchgeführt.

Die Demonstration und der Streik richteten sich gegen Waffenlieferungen, die über die italienischen Häfen abgewickelt werden, insbesondere gegen Waffenlieferungen für die militärische Intervention von Saudi-Arabien gegen den Jemen, die auch der italienische Imperialismus unterstützt. Dieser militärische Angriff des reaktionären Regimes in Saudi-Arabien wird schon seit 2015 mit Hilfe von Waffen aus imperialistischen Staaten – auch aus Deutschland – geführt. Die militärischen Kräfte im Jemen werden u.a. vom Iran unterstützt. Selbst laut offiziellen Berichten gab es durch diesen reaktionären Krieg bis 2020 über 200.000 Tote im Jemen.

Auf Transparenten der Hafendarbeiter:innen war zu lesen: „Stoppt den Waffenhandel in den Häfen!“. Zu den Kampfaktionen gehörten neben der Demonstration und dem Streik auch brennende Blockaden auf den Zufahrtstraßen zum Hafen sowie auch direkte Angriffe auf Schiffe, die Waffen transportieren. U. a. werden Schiffe mit Leuchtraketen beschossen, um die Besatzung aufzurütteln, damit sie mitstreiken, und um zu verhindern, dass Schiffe überhaupt anlegen können.

Mit dem Streik und den anderen Aktionen kämpften die Arbeiter:innen auch gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen in den Häfen. In den Häfen von Triest und Civitavecchia waren Arbeiter aufgrund von fehlenden Sicherheitsvorkehrungen in den letzten Wochen tödlich verunglückt.

Gleichzeitig gibt es Forderungen wie: „Schließt Häfen für Waffen, öffnet sie für Migrant:innen!“ Auch Studierende und Schüler:innen beteiligten sich an der Demonstration und trugen ihrerseits Forderungen für bessere Bildung auf die Straße.

Insbesondere die Hafendarbeiter:innen von Genua sind international gut vernetzt und kämpfen schon jahrelang gemeinsam mit Kolleg:innen in anderen Ländern (Spanien, Frankreich) gegen weltweite Waffenlieferungen imperialistischer Länder. In einem gemeinsamen Kampf konnte so schon im Mai 2019 die Beladung eines Schiffes mit Waffen an Saudi-Arabien verhindert werden. Der italienische Staat antwortete mit Repression. Im Februar 2021 durchsuchte die Polizei Wohnungen und Treffpunkte, nahm Handys und Dokumente mit – und leitete Ermittlungen wegen der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ ein. Bei einer Verurteilung drohen den Aktivisten mehrjährige Haftstrafen.

Die antimilitaristischen Kämpfe der Hafendarbeiter:innen von Genua haben eine lange Tradition:

In den 70er Jahren gab es Streiks gegen Waffenlieferungen an das Pinochet-Regime sowie gegen Waffenlieferungen für den Vietnam-Krieg der USA-Imperialisten. In den 90er Jahren gab es Kämpfe gegen Waffenlieferungen für den reaktionären Irak-Krieg, an dem sich auch der italienische Imperialismus beteiligte. (Quelle: Labournet.de)

Arbeit niedergelegt und die Unterstützung auch mit Plakaten bekundet.

* * *

GDS-Flugblätter zu Frankreich

- Zum Jahrestag der Pariser Kommune am 18. März 1871: **Vom Kampf der Pariser Kommune lernen!** (2/3-15)
- Warum die Kämpfe gegen die herrschende Klasse in Frankreich in Deutschland weitgehend verschwiegen werden – **Ein Bericht über die Kämpfe in Frankreich** (8-2016)
- Zum Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage in Frankreich: **Polizei-Terror in Frankreich** (1/2-19)

Die größte Furcht der Herrschenden in Frankreich ist aktuell, dass sich die Protestbewegung noch weiter ausdehnt, insbesondere auf die großen Industriebetriebe wie in der Auto- und Luftfahrtindustrie und andere Industriebereiche, dass es dort große und lange Streiks und Betriebsbesetzungen geben wird – und dass sich die Proteste insgesamt weiter radikalisieren.

Wie auch immer sich die aktuellen Streiks und Kämpfe weiter entwickeln werden, eins steht langfristig fest: Die bewusstesten revolutionären Kräfte des Proletariats in Frankreich werden schließlich daran gehen, sich ihre kommunistische Vorhutsorganisation zu schaffen, die nötig und in der

Lage ist, durch alle Windungen und Wendungen hindurch die kraftvollen Kämpfe des Proletariats, wie sie in Frankreich immer wieder geführt werden, erfolgreich zu dem Ziel zu führen, das sich schon die **Pariser Kommune 1871** stellte:

Zerschlagung der Herrschaft der Bourgeoisie, revolutionär-demokratische Macht des Proletariats, um alle kapitalistischen Restaurationsversuche zu vereiteln, für den Aufbau einer von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft, den Kommunismus.



Redaktionsschluss 15. April 2023